

Schulstreik verschoben: Schüler fordern gerechtes Bildungssystem!

Am 14. Februar wird ein geplanter Schulstreik der AKS Wien aufgrund gescheiterter Koalitionsverhandlungen verschoben.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Der für morgen, den 14. Februar, angekündigte Schulstreik unter dem Motto „Blau-Schwarz darf nicht Schule machen“ wurde aufgrund gescheiterter Koalitionsverhandlungen zwischen der FPÖ und der ÖVP auf unbestimmte Zeit verschoben. Levi Lansky, Vorsitzender der Aktion Kritischer Schüler_innen Wien (AKS Wien), erklärte, dass der Streik ursprünglich geplant war, um gegen die als rückschrittlich empfundenen Bildungspolitiken der FPÖ zu protestieren. „Dass die Verhandlungen gescheitert sind, überrascht uns nicht und zeigt, dass die FPÖ keine regierungsfähige Partei ist“, so Lansky. Trotz der Verschiebung des Streiks bleibt der Druck auf die Politik bestehen; die AKS Wien kündigte an, dass sie bei ungünstigen politischen Entscheidungen nicht zögern werden, erneut aktiv zu werden.

Forderungen und kritische Situationen

Laut Maximilian Maireder, einem der Mitorganisatoren des Streiks, ist die Bildung mehr denn je durch die Politik der FPÖ gefährdet. Diese setzt sich zunehmend für autoritäre Tendenzen ein und versucht, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Die Veranstalter des Streiks forderten ein gerechtes Bildungssystem sowie Schutz für Demokratie und Klima. Der Demonstrationszug sollte ursprünglich um 9.30 Uhr am Stephansplatz starten und mit einer Kundgebung vor dem

Bundeskanzleramt enden, wie **news.at** berichtete.

Zusätzlich wurden von der Volkshilfe die angestrebten Regelungen der FPÖ-ÖVP-Koalition als existenzbedrohend für armutsbetroffene Kinder kritisiert. Der Direktor der Volkshilfe, Erich Fenninger, warnte: „Damit könnten de facto die Kinderzuschläge wegfallen“, was erhebliche Auswirkungen auf betroffene Familien hätte. Diese Pläne, die angeblich eine finanzielle Benachteiligung für jüngere Geschwister in kinderreichen Familien vorsahen, wurden als „ethisch, wissenschaftlich und politisch falsch“ kritisiert. Anstatt gegen Armut zu kämpfen, solle die Politik deren Ursachen angehen, so Fenninger.

Details	
Vorfall	Demonstration
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.news.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at